

Frankfurter Rundschau

Kreibich stellt sich vor Türken

Ankara droht Studenten in Berlin mit Entzug der Staatsbürgerschaft

Von unserem Redaktionsmitglied Jutta Roitsch

FRANKFURT A. M., 27. Februar. Als „von der Sache her nicht vertretbar“ bezeichnete der Präsident der Freien Universität, Rolf Kreibich, Entscheidungen türkischer Dienststellen, nach denen türkische Studenten in West-Berlin ohne Angabe von Gründen Devisen und Stipendien gestrichen, die Verlängerung der Pässe verweigert und mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft geahndet worden sind.

Der türkische Kultusminister Orhan Oguz hatte am 21. Januar 1970 vor dem türkischen Parlament in Ankara die Maßnahme gegen neun in West-Berlin studierende Türken damit begründet, daß einige Studenten gegen die Gesetze der Länder, in denen sie studierten, verstoßen hätten und daher ausgewiesen worden seien. „Wir haben schließlich nur diese Studenten zurückgerufen. Es ist ausgeschlossen, daß wir Studenten wegen ihrer Mei-

nungsäußerungen unter Druck setzen, wobei es in diesen Ländern Meinungsfreiheit gibt“, sagte Oguz nach einem Bericht der unabhängigen Istanbulener Morgenzeitung „Cumhuriyet“ wörtlich.

In einem der „Frankfurter Rundschau“ zur Verfügung gestellten Brief an den türkischen Staatspräsidenten Cevdet Sunay weist Kreibich darauf hin, daß ihm nicht bekannt sei, daß die neun Türken in West-Berlin oder in der Bundesrepublik gegen ein Gesetz verstoßen hätten. Auch der Vorwurf, die Studenten hätten das „Ansehen und die Würde“ des türkischen Staates verletzt (ein in der Türkei strafbarer Tatbestand), treffe nicht zu. Wie ich mich überzeugen konnte, gehen sie an der Freien Universität ihrem Studium ordnungsgemäß nach“, betont Kreibich und bittet Sunay angesichts der engen Freundschaft zwischen beiden Ländern, die das Studium der Studenten bedrohende Maßnahme zu überprüfen.

Von der türkischen Entscheidung ist Hakkı Keskin, Vorsitzender der Türkischen Studentenföderation in Deutschland (A.T.Ö.F.) am härtesten betroffen. Keskin, der in diesem Jahr sein Studium am Otto-Suhr-Institut beenden will, wurde im Februar aufgefordert, binnen drei Monaten in die Türkei zur Ableistung seines Militärdienstes zurückzukehren. Andernfalls werde ihm die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt.

(Siehe auch Seite 96: „Tausende warten vergeblich auf Studienplätze“)